

Protokoll:

Rm Scherhag nimmt gemäß § 22 der Gemeindeordnung nicht an der Beratung und Abstimmung teil und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Die FDP-Fraktion regt an, bis zur nächsten Landtagswahl keine weiteren Beschlüsse zur Erhebung von Ausbaubeiträgen mehr zu fassen, bzw. bei jeder einzelnen Maßnahme zu prüfen, ob diese tragbar für die Anwohner sei oder nicht und bei kostenintensiven Maßnahmen den Beschluss nicht zu fassen.

Beigeordneter Flöck erklärt, dass ein Grundsatzbeschluss zum Verzicht auf die Erhebung von Ausbaubeiträgen bis zur Landtagswahl rechtswidrig wäre. Zudem seien bei den Ausbaumaßnahmen Ausbaubeiträge als Einnahme eingeplant. Ein Verzicht auf die Erhebung von Ausbaubeiträgen würde bedeuten, dass die entsprechenden Maßnahmen dann bis zur Landtagswahl nicht umgesetzt werden könnten. Bei der Roonstraße handele es sich um einen überschaubaren Aufwand.

Die AfD-Fraktion stellt fest, sie sei grundsätzlich gegen Ausbaubeiträge, aber die Zeit bis zur Landtagswahl sei noch lang, deshalb werde sie sich enthalten.

Die WGS-Fraktion schlägt vor, jetzt nur die reinen Kanalarbeiten durchzuführen und den Rest erst nach den Landtagswahlen.

Die CDU-Fraktion führt aus, sie sei gegen Ausbaubeiträge, aber so lange die Rechtslage noch so aussehe, müsse der Erhebung von Ausbaubeiträgen zugestimmt werden.